

Der polnische Standpunkt zur Cholmer Frage.

Warschau, 31. Juli. In der zwölften Vollsitzung des polnischen Staatsrates wurde ein vom Interparlamentarischen Klub und der Verständigungskommission der aktivistischen Parteien unterzeichneter Dringlichkeitsantrag eingebracht, welcher Bezug nimmt auf die Meldung vom Austausch der deutsch-ukrainischen Ratifikationsurkunden des Brestler Vertrages und lautet: In Anbetracht der Beunruhigung der öffentlichen Meinung fordert der Staatsrat die Regierung auf, energische Schritte zu unternehmen, um die durch den Brestler Friedensvertrag gefährdeten polnischen Staatsinteressen zu wahren.

Der Direktor des polnischen Staatsdepartements, Prinz Janusz Radziwill, nahm zur Kennzeichnung des Standpunktes der polnischen Regierung gegenüber dem Brestler Vertrage Bezug auf den einmütigen Protest der polnischen Regierung und des polnischen Volkes im Februar 1918. Prinz Radziwill betonte, daß am 25. Juli lediglich die Formalität des Austausches der Ratifikationsurkunden stattgefunden hat. Die Ratifikation des Brestler Friedens sei bereits am 22. Februar durch den Deutschen Reichstag erfolgt. Im Eingehen auf die polnischen Interessen sei der Zusatzvertrag zum Brestler Frieden entstanden, der es Polen in Gemeinschaft mit den Deutschen, Österreichern, Bulgaren, Türken und Ukrainern ermögliche, sich über die Grenzfragen auseinanderzusetzen. Veranlaßt durch die allgemeine Unkenntnis der geschichtlichen Verhältnisse des Cholmer Landes, habe sich das polnische Staatsdepartement mit der Sammlung von Urkunden und Akten befaßt, die bisher geheim waren, die aber ein ganz charakteristisches Licht auf die Cholmer Frage werfen und deren Veröffentlichung für den gegebenen Augenblick vorbehalten werde. Die polnische Regierung, so schloß Prinz Radziwill, trat wiederholt an die Vertreter der deutschen und österreichischen Behörden mit ihren Wünschen in der Cholmer Angelegenheit heran, denen gegenüber vor allem die österreichisch-ungarische Regierung ein entgegenkommendes Verhalten bewies. Ich habe die begründete Hoffnung, daß seitens der österreichisch-ungarischen Regierung in dem unter ihrer Verwaltung stehenden Gebietsteil, das heißt dem südlichen Streifen des Cholmer Landes, einer unserer hauptsächlichsten Wünsche erfüllt werden wird. Laut amtlicher Mitteilung in der letzten Staatsratsitzung wurde bereits dieser Gebietsstreifen in das Gebiet des österreichisch-ungarischen Militärgouvernements Lublin einbezogen.

Ueber die Stellungnahme Oesterreich-Ungarns hieß es bekanntlich, es werde den Ukrainer Frieden überhaupt nicht ratifizieren, was jedoch von halbamtlicher Seite bestritten wurde.